

Wissenslücke schließt sich: Die Mittelalterliche Wärmeperiode auf der Südhalbkugel

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2017

Kalte Sonne

In Nature Climate Change erschien kürzlich ein Editorial, das die wachsende Beteiligung der Bevölkerung an Klimaforschungsprojekten beschreibt:

Seien Sie Einbezogen – In diesem Fall in die Kartierung der mittelalterlichen Wärmeperiode –

Der Bericht zum „Klimawandel“ beruht auf Forschungen, die vom größten Klimaaktivisten der US-Demokraten finanziert wird

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2017

Michael Bastasch

Wie Ihnen auf Eike bereits berichtet, veröffentlichte das Government Accountability Office (GAO – US Rechnungshof) eine zweijährige Studie über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die USA. Die Aussagen in diesem Bericht stützen sich auf Forschungsarbeiten, die größtenteils von einer Stiftung getragen wurden, die an den größten, einzelnen politischen Geldgeber der Demokratischen Partei gebunden ist. [Einleitung durch Übersetzer]

Sagen Sie der UNO, sie solle aufhören, Journalisten auf die

schwarze Liste zu setzen

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2017

SHEILA GUNN REID

Die Vereinten Nationen führen offenbar eine schwarze Liste von unliebsamen Journalisten und haben The Rebell Media gerade wieder verboten, an der bevorstehenden UN-Konferenz zur Erderwärmung in Bonn teilzunehmen.

Der US Rechnungshof schließt sich der Debatte über die globale Erwärmung an

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2017

TIM PEARCE

Das Government Accountability Office (GAO – US Rechnungshof)) veröffentlichte am 24.10.2017 eine zweijährige Studie über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die USA.

Das US-Umweltbundesamt will veröffentlichen, wie sehr eigene Vorschriften Arbeitsplätze beeinflussen

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2017

MICHAEL BASTASCH

Das Amt für Umweltschutz der USA (EPA) bewertet die Kosten, die ihre eigenen Vorschriften der Wirtschaft und damit den Arbeitsplätzen auferlegen.